



Annette Widmann-Mauz
Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Staatssekretärin

Pressemitteilung

Weiblicher Genitalverstümmelung rote Karte zeigen - für ein selbstbestimmtes Leben aller Frauen!

Berlin, 5.02.2014
Anlagen:

Annette Widmann-Mauz MdB
Platz der Republik 1
Telefon: +49 30 227 77217
Fax: +49 30 227 76749
annette.widmann-mauz@bundestag.de

Bürgerbüro
Am Stadtgraben 21
72070 Tübingen
Telefon: +49 7071-32314
Fax: +49 7071-33314
annette.widmann-mauz@wk.bundestag.de

Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Weltweit sind 140 Millionen Mädchen und Frauen genitalverstümmelt, alle elf Sekunden werden Mädchen Teile der äußeren und inneren Genitalien, in den allermeisten Fällen ohne Narkose und unter unhygienischen Umständen, entfernt. Deshalb ist es wichtig, sich dem Schicksal dieser Frauen und Mädchen anzunehmen. Zum Internationalen Tag gegen weibliche Genitalverstümmelung am 6. Februar 2014 dazu die CDU-Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Tübingen-Hechingen, die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit, Annette Widmann-Mauz MdB:

"Seit vergangenem Jahr hat sich viel getan: Die Genitalverstümmelung ist als ein eigenständiger Straftatbestand im Strafgesetzbuch mit einer Freiheitsstrafe von einem bis zu fünfzehn Jahre geregelt. Das Gesetz wurde im Juni auf Initiative der christlich-liberalen Regierungskoalition im Bundestag verabschiedet und passierte im Juli den Bundesrat. Damit haben wir ein weiteres deutliches Signal gesetzt", so Widmann-Mauz.

Hierzulande leben rund 18.000 Frauen, die genitalverstümmelt sind, 5.000 junge Frauen und Mädchen gelten als gefährdet. Teilweise werden den oftmals sehr jungen Mädchen nicht nur die äußeren, sondern auch die inneren Schamlippen ganz oder teilweise abgetrennt. Tausende Frauen sterben jedes Jahr an dieser Praktik. Die Genitalverstümmelung ist vor allem in 28 afrikanischen Ländern, im Süden der arabischen Halbinsel sowie in Teilen Asiens verbreitet, doch verlangen keine heiligen Schriften wie etwa der Koran nach einem solchen Eingriff.

Dass die Kosten für die Behandlung von Gesundheitsstörungen infolge von Genitalverstümmelungen in Deutschland von der gesetzlichen Krankenversicherung übernommen werden, ist



wichtig, aber für die Betroffenen oftmals nur ein schwacher
Trost.

"Jede Frau muss weltweit das Recht auf ein freies und
selbstbestimmtes Leben haben. Der Genitalverstümmelung ist
deshalb die rote Karte zu zeigen. Ein solcher Eingriff hat
schwerwiegende physische und psychische Folgen, hier ist null
Toleranz angebracht. Auch im Koalitionsvertrag der Großen
Koalition verpflichten wir uns, Genitalverstümmelung weiter zu
bekämpfen", so Widmann-Mauz abschließend.